

Versachlichung öffentlicher Meinungsbildung – welchen Beitrag können die Kirchen leisten?

Vortrag von

KR Pfr. Dr. Thomas Posern

beim Zweiten Albrecht Martin-Symposium

von EAK und JU Rheinland-Pfalz

28. November 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

um Freiheit geht es bei Ihrem Symposium und damit auch um die Frage, wie Freiheit gewahrt und gestaltet werden kann. Die Fragestellung, mit der ich mich befassen soll, richtet sich auf den Beitrag der Kirchen zur Versachlichung öffentlicher Meinungsbildung. Ich kann hier legitimer Weise nur für die Evangelische Kirche sprechen. Evangelische Kirche versteht sich als „Kirche der Freiheit“ und beteiligt sich am öffentlichen Diskurs aus der Perspektive des Evangeliums. Doch um dem Thema sachgemäß auf die Spur zu kommen, möchte ich zunächst versuchen zu analysieren, worauf die leitenden Begriffe der Themenstellung abzielen.

Der erste Leitbegriff heißt „**Versachlichung**“. Versachlichung im politischen Diskurs einer Demokratie meint, dass wir in notwendigen und für eine Demokratie konstitutiven Auseinandersetzungen um verantwortliche Entscheidungen möglichst um „die Sache“ streiten sollen. Ich sage gleich am Anfang: Zivilisierter, geordneter Streit kann als ein sehr positiver Begriff verstanden werden, der die Demokratie erst mit Leben erfüllt. Wir hören beim Wort Streit aber gerne negative Konnotationen mit, weil viele Streitverläufe gleichzeitig negative, destruktive Entwicklungen mit sich bringen. „Versachlichung“ meint nun in meinem Verständnis, die Konflikteenergien von Personen abzuziehen, persönliche Verletzungen und Diffamierungen zu vermeiden und stattdessen offen, transparent und argumentativ um die Sache zu streiten. In kirchlicher, ethischer Argumentation fragen wir im Streit um die Sache und notweniger Güterabwägung immer nach der Sachdienlichkeit von Lösungen, gleichzeitig aber auch nach der Menschendienlichkeit und Evangeliumsgemäßheit.

Der zweite Leitbegriff zielt auf die „**Öffentlichkeit**“ der Auseinandersetzung ab. Die Demokratie lebt vom öffentlichen Diskurs. Erst seit es einen öffentlichen Diskurs gibt, gibt es Demokratie. Zum öffentlichen Diskurs gehört, dass die am Diskurs Beteiligten möglichst gut informiert sein und in der Lage sein müssen, begründete Argumente im Diskurs auszutauschen. Sie müssen also gebildet sein. In der Sozialphilosophie spricht man von „kompetenten Sprechern“, die im öffentlichen Diskurs Wahrheit konstituieren. Die Kirchen der Reformation haben von Anfang an auf Bildung und Beschulung des ganzen Volkes gesetzt, damit alle sprachfähig werden und sich eine eigene Meinung über Bibel und Bekenntnis bilden können. Daraus entwickelte sich eine Bildungsrevolution, die letztlich überkommene Autorität, die nur aus Gründen des Herkommens galt, in echte Autorität überführte, die auf Wissen, Können und Weisheit beruht.

Die Zeit ist zu kurz, um die Entwicklung der Öffentlichkeit im Einzelnen nachzuzeichnen. Für den Umgang mit der Thematik heute ist aber wichtig, dass wir es nicht mit **einer** Öffentlichkeit zu tun haben, die natürlich immer schon ein idealtypisches Konstrukt war. Vielmehr ist Öffentlichkeit in viele partikulare Öffentlichkeiten zerfallen und

man kann fragen, ob dahinter nicht Absicht steht: „Tititainment“ auf allen Kanälen, Brot und Spiele für Volksmassen, die sich populistisch verführen lassen, argumentative Auseinandersetzung um politische Ziele für eine relativ kleine, sehr gut ausgebildete Gruppe. Jedenfalls haben wir es im Zeitalter des stark zurückgehenden Einflusses von Printmedien, der Partikularisierung und Individualisierung von digitalisierten Medien bei gleichzeitig unermesslicher Informationsflut mit verschiedenen, jeweils partikularen und kaum füreinander aufschließbaren Öffentlichkeiten zu tun. Vielleicht ist diese Entwicklung auch zumindest einer der Gründe für die stetig zurückgehende Wahlbeteiligung, die allen Parteien und damit der Demokratie solche Schwierigkeiten bereitet? Jedenfalls ist die politische Öffentlichkeit eine begrenzte Größe derjenigen, die informiert politische Argumente austauschen in Verantwortung für die res publica. Es geht um die Öffentlichkeit der Parlamente, der Regierungen und Parteien und darüber hinaus der rasonierenden Zivilgesellschaft insgesamt. Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit, sie sind ein Teil der politischen Öffentlichkeit.

Schließlich geht es schon im Titel um den **Beitrag der Kirche** zu diesem Geschäft. Die 2008 erschienene Denkschrift des Rates der EKD zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche unter dem Titel „Das rechte Wort zur rechten Zeit“ macht deutlich, dass die Kirche sich diese Aufgabe nicht selbst und willkürlich sucht. In der Beschreibung des Auftrages der Kirche und dessen Konsequenzen formuliert der Rat der EKD (Zif. 6 und 7): „Die Kirche Jesu Christi gibt oder wählt sich ihren Auftrag nicht selbst, sondern sie empfängt ihn von ihrem Herrn. Daraus ergibt sich auch, was die Mitte dieses Auftrages ist: die Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus. Das Evangelium bezeugt und begründet die Freiheit im Glauben, die in der Verantwortung vor Gott und den Menschen gelebt wird. Es hat kulturelle, soziale und politische Kraft.“ Man müsste noch genauer hinschauen, was die Formulierung „empfängt sie von ihrem Herrn“ im Einzelnen bedeutet. Das geht in der Kürze der Zeit nicht. Es kommt mir darauf an, dass sich die „kulturelle, soziale und politische Kraft“, von der hier gerade die Rede war, **aus der Mitte des Evangeliums entfaltet**. „Weil der Gott, an den Christenmenschen glauben, sich von der Welt nicht ab-, sondern ihr zuwendet, hat das Evangelium stets politische Bedeutung. Daraus erklären sich sowohl der Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums als auch der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche“ (Zif. 94)

Damit ist jedenfalls deutlich, dass die Beteiligung der Kirche am politischen Dialog sich aus Motiven und Gründen herleitet, die selbst jenseits des Politischen liegen und damit ihre Legitimität aus Quellen bezieht, die dem täglichen politischen und guten Streit entzogen sind – übrigens auch der Kirche selbst entzogen sind. Vielleicht ist dies einer der Gründe, warum der Kirche gelegentlich zugetraut wird, zur „Versachlichung“ im politischen Streit beizutragen.

Ich muss an dieser Stelle noch an das spezifisch evangelische Verständnis von Wahrheit erinnern. Die Kirche ist nach evangelischem Verständnis nicht im Besitz der Wahrheit, sie hat daher bekanntlich auch kein autoritatives Lehramt – sie ist Kirche der Freiheit. Die Wahrheit Gottes liegt uns immer je und je voraus und kann nur vom Einzelnen im Glauben ergriffen werden. Über die Verantwortung der je einzelnen gläubigen Individuen hinaus spricht die Evangelische Kirche als Institution dann allerdings auch in der Legitimität „institutioneller Verantwortung“ (Zif. 25). Die Wahrheit Gottes in Jesus Christus ruft uns zu Umkehr, Nachfolge und Gemeinschaft. Wahrheit konstituiert sich im Hören auf Schrift und Bekenntnis und im geschwisterlichen Gespräch der Christinnen und Christen miteinander. Sie wissen ja sicherlich, dass Synoden die jeweils höchsten Organe in den evangelischen Kirchen sind, nicht etwa Kirchenleitungen, Leitende Geistliche o.ä. Ich will Sie nicht mit theologischen Petites-

sen langweilen, sondern darauf aufmerksam machen, dass wir es hier mit einer Art Konsensustheorie der Wahrheit zu tun haben, die sich auf das ihr vorausliegende Zeugnis der Schrift und der altkirchlichen, reformatorischen wie auch neueren Bekenntnisse bezieht – im Wissen darum, immer fragmentarisch zu bleiben. Vielleicht ist auch dies einer der Gründe, warum uns eine gewisse Übung mit der „Versachlichung“ von öffentlichen Streitgegenständen zugetraut wird.

Was also können Kirchen zur Versachlichung öffentlicher Meinungsbildung tun:

- Die Kirche ist selbst eine Institution, die in sich Pluralität beherbergt (Zif. 59). Zu ihren Gemeindegliedern gehören Menschen unterschiedlicher politischer Meinungen, Parteiungen, Schichten usw., die sich darin verbunden wissen, dass sie zu einer gemeinsamen Kirche und Konfession gehören und sich jedenfalls grundsätzlich auf die Bibel und das Evangelium von Jesus Christus beziehen. Ihr Reden muss also schon in der inneren Auseinandersetzung argumentativ, fair, sach- und evangeliumsbezogen sein.
- Kirche ist nicht selbst politische Partei; das heißt nicht, dass Kirche in politischen Auseinandersetzungen „neutral“ wäre. Sie ist gleichwohl „parteiisch“ im Sinne einer Option für die Armen und Schwachen (Zif. 44). Der christliche Impuls zur Mitmenschlichkeit erschöpft sich nicht in persönlicher Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft; zusätzlich und darüber hinaus umfasst er den Einsatz für strukturelle Gerechtigkeit und für eine Kultur der Barmherzigkeit (Zif. 45). Wenn die Kirche sich für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einsetzt, legt sie eine anwaltschaftliche Haltung an den Tag (Zif. 51). Dabei kommt es ihr darauf an, argumentativ möglichst viele christlich legitime Standpunkte zu berücksichtigen und so zu argumentieren, dass dabei niemand verletzt wird. Sie ist nicht eine Partei unter anderen.
- In manchen Debatten wie z.B. der um die friedliche Nutzung der Kernkraft kommen wir nach langen und immer wieder erneuerten Konsultationen zu dem klaren Ergebnis, dass diese Technik mit ihren Unfallgefahren und Endlagerrisiken den menschlichen Verantwortungshorizont bei weitem überschreitet.
- In anderen Fragen wie z.B. der Debatte um die PID besteht der Beitrag der evangelischen Kirche gerade darin, jetzt keine vorschnelle und autoritative Entscheidung zu fällen. Ihr Beitrag besteht dann darin, die kirchliche und gesellschaftliche Debatte und mögliche Entscheidungen gerade offen zu halten. Die Novembersynode der EKD (2010) hat den Rat aufgefordert, frühere Synodenentscheidungen zu dieser Thematik erneut zu diskutieren.
- Ohnehin haben diese öffentlichen Äußerungen der evangelischen Kirche keinen (kirchen)juristischen Charakter, sondern zielen geistlich auf die Schärfung und die Bindung der Gewissen ab.

Die Beteiligung an der öffentlichen Debatte, durch die Kirche zur Versachlichung öffentlicher Meinungsbildung beitragen will, erfolgt in unterschiedlicher Weise, z.B. in öffentlichen Äußerungen ihrer leitenden Repräsentantinnen und Repräsentanten, in Predigten, Kanzelabkündigungen, Worten, Stellungnahmen, Erklärungen und Denkschriften, in Interviews und Pressemitteilungen, auf Kirchentagen und Akademien, in Talkshows und Gesprächskreisen – oft auch in ökumenischer Gemeinsamkeit (Zif. 28). Denkschriften sind das auch in der Gegenwart wichtigste und bekannteste schriftliche Instrument der EKD für öffentliche Äußerungen (Zif. 82): „Ziel und Anspruch von Denkschriften ist, gedankenstark, wissenschaftlich auf der Höhe der ge-

sellschaftlichen Diskussion, umfassend, kompetent in der Analyse und klar argumentierend in den Schlussfolgerungen zu sein“ (ebd.). „Aufgabe der Denkschriften ist es auch, eine Sprachkultur zu pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Achtung vor anderen (Welt-) Anschauungen geprägt ist“ (Zif. 91).

Natürlich wissen wir, dass die Reichweite solcher Äußerungen unter den oben genannten Bedingungen durchaus begrenzt ist. Eine breit angelegte gesellschaftliche Debatte wie der auf das Wort der beiden großen Kirchen „zur wirtschaftlichen und sozialen Lage. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 hinführende Konsultationsprozess erweitert die Reichweite deutlich und vielleicht ist es an der Zeit, einen solchen Prozess erneut anzustoßen.

Ich möchte zum Schluss noch auf zwei sehr praktische und unmittelbar umsetzbare Möglichkeiten der Versachlichung der öffentlichen Debatte hinweisen, die ich Ihnen auch in meiner Funktion als Beauftragter der Evangelischen Kirchen im Lande Rheinland-Pfalz anbieten kann:

- Jederzeit kann die Kirche – durchaus ggf. auch in ökumenischer Gemeinsamkeit – zu Gesprächsrunden zu politisch strittigen Sachthemen einladen, wenn dies über die Debatte im Landtag und seinen Ausschüssen hinaus von den Beteiligten als hilfreich angesehen würde. Dies könnte den Charakter von gut vorbereiteten Pro- und Contra-Veranstaltungen haben, in denen jede Seite mit hohem, auch externem Sachverstand ausgestattet werden könnte und man zu verbindlichen und nachhaltigen Verabredungen zu dem Gesprächsgegenstand kommt.
- Nicht als politisch informierende Veranstaltung, sondern als Streitschlichtung und weiterführende, einvernehmliche Lösungen erarbeitende Methode können wir, wenn dies gewünscht und dienlich ist, eine Mediation anbieten. Es ist sicher gut, solche Methoden nicht erst dann einzusetzen, wenn das Kind schon weitgehend in den Brunnen gefallen ist, sondern zu einem früheren Zeitpunkt. Das ist kein Allheilmittel, aber u.U. eine Möglichkeit, scheinbar verfahrenere Situationen wieder zu verflüssigen im Interesse der Menschen, für die wir Verantwortung tragen, die Parteien in politischer Gestalt, die Kirchen in geistlicher Gestalt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit